

Illgau baut das «Sigristenhaus» um

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sagen deutlich Ja zur Erneuerung ihrer Dorfbeiz.

Andreas Seeholzer

Die Illgauer haben die Weichen für ein neues Schulhaus und ein neues Dorfrestaurant gestellt. Beide Vorlagen wurden am Sonntag deutlich angenommen.

Die Ausgabenbewilligung von 3,5 Millionen Franken für einen Investitionsbeitrag zum Neubau Sigristenhaus an die Sigristenhaus AG und die Reduktion der Bürgschaft bis zu einem maximalen Betrag von zwei Millionen Franken haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit 331 Ja- gegen 154 Nein-Stimmen deutlich angenommen. Die Stimmbeteiligung lag bei 80 Prozent.

Noch deutlicher angenommen wurde die Vorlage zum neuen Schulhaus: Der Ausgabenbewilligung von 250 000 Franken für einen Projektwettbewerb und 100 000 Franken für das Vorprojekt haben über 80 Prozent der Stimmdenden zugestimmt. Für den Illgauer Gemeindepräsidenten Roland Beeler ist die hohe Stimmbeteiligung erfreulich, «beide Vorlagen wurden klar angenommen, was uns zeigt, dass die Bevölkerung deutlich hinter den Projekten steht».

Gegen die Vorlage für das neue Dorfrestaurant sind zuvor Stimmen laut geworden, die zu hohe Kosten kritisierten und die Frage aufwarfen, ob mit den hohen Kosten das Haus überhaupt rentieren könne. Othmar Reichmuth, Verwaltungsratspräsident der AG, sagte im Vorfeld zur Abstimmung: «Wir haben das Projekt immer



So wird das Dorfrestaurant Sigristenhaus künftig aussehen.

Bild: PD

«Sind sehr froh über das deutliche Zeichen aus der Bevölkerung.»

Othmar Reichmuth
VRP Sigristenhaus AG

wieder auf die Finanzen hin hinterfragt und uns die Frage gestellt, ob es einfachere Varianten gibt.»

Wie Reichmuth zur Abstimmung vom Wochenende ausführte, sind die Verantwortlichen der Sigristenhaus AG «sehr froh über das deutliche Zeichen aus der Bevölkerung mit dem klaren Abstimmungsresultat». Zurzeit gelte es noch weitere 250 000 Franken zu generieren, um das Fremdkapital auf 1,2 Millionen Franken zu beschränken. Wenn das Fremdkapital auf 1,2 Millionen begrenzt werden könne, sei die Wirtschaftlichkeit für das «Sigristenhaus» gegeben. Die 250 000 Franken

sollen durch Aktionen der Bevölkerung, eine Erhöhung des Aktienkapitals und durch Beiträge von Stiftungen zusammengetragen werden. Reichmuth ist optimistisch, diese Gelder generieren zu können, «für Spenden von Stiftungen haben wir bereits positive Signale».

Nebengebäude Posthaus und Dörflihaus

«Wir mussten erst die Abstimmung abwarten, nun können wir vorwärtsmachen», sagt Reichmuth. Der Baustart könnte bereits dieses Jahr erfolgen oder dann im kommenden Frühling. Die

Arbeiten für das neue «Sigristenhaus» dauern rund ein Jahr.

Das 1774 erbaute «Sigristenhaus» in Illgau ist das einzige Dorfrestaurant und ein wichtiger Treffpunkt der Bevölkerung, von Gästen und Vereinen. Die Sigristenhaus AG, bei der die Gemeinde Illgau die Aktienmehrheit von 51 Prozent hält, plant, das denkmalgeschützte Haus umfassend zu sanieren. Zudem sollen die beiden Nebengebäude – das Posthaus und das Dörflihaus – durch Neubauten ersetzt werden. Eine entscheidende Rolle für die zukünftige Rentabilität dürfte der neue grosse Saal für 100 Personen spielen.

Parkplatzzwang: Weitere Gemeinden prüfen Lockerungen bei Neubauten

In Schwyzer Gemeinden ein Thema: Die Annahme der Vorlage zur Lockerung des Parkplatzzwangs bei Neubauten in Arth.

Andreas Seeholzer

Auf den Schwyzer Bauverwaltungen wurde die Abstimmung dieses Wochenendes in Arth mit Argusaugen beobachtet: Das Arther Stimmvolk hat eine Vorlage angenommen, nach der künftig in Arth beim Bau eines Einfamilienhauses nicht mehr zwingend zwei und beim Bau eines Mehrfamilienhauses pro Wohnung nicht mehr zwingend eineinhalb Parkplätze gebaut werden müssen. Der Gemeinderat ist nun gefordert, innert eines Jahres eine Änderung des Baureglements an die Urne zu bringen.

Das Baureglement soll so angepasst werden, dass bei der öffentlichen Hand nicht Druck auferlegt wird, mehr öffentliche Parkplätze zu schaffen.

Schwyz hat bereits reagiert

In der Gemeinde Schwyz sagt Stephan Deuber, Abteilungsleiter Hochbau: «Meines Erachtens zeigt sich in Arth exemplarisch ein Diskurs, wie er zurzeit vielerorts in der Schweiz stattfindet.» In der Gemeinde Schwyz ist es bereits heute möglich, dass in bestimmten Flächen der Parkplatzzwang für den Bau von Wohnungen gelockert wird. Geregelt ist dies in Art. 13 Abs. 3 des Baureglements. Darin heisst es: «Die Bewilligungsbehörde kann die Anzahl Abstellplätze herabsetzen, namentlich bei guter Erschliessung durch den öff-



Die Tiefgarage des Bahnhofs Arth-Goldau wurde Ende Dezember 2020 eröffnet.

Archivbild: Anja Schelbert

fentlichen Verkehr, aus Gründen der Belastungsgrenzen des Strassennetzes und in den Kernzonen aus Gründen des Ortsbildschutzes.»

Küssnacht will Passus einführen

In anderen Gemeinden ist das Baureglement diesbezüglich nicht oder noch nicht angepasst worden. So heisst es aus dem Eingemeindebezirk Küssnacht, dass im Moment die Nutzungsplanung revidiert werde, und «dieser Passus mit dem Parkplatzzwang ist tatsächlich ein Thema», so Ueli Rüesch, Abteilungsleiter Planung, Umwelt und Verkehr. Anpassungen im Küssnacher

Baureglement sind laut Rüesch «vorgehen».

Ingenbohl hat Probleme in der Kernzone

Auch in der Gemeinde Ingenbohl ist die Sachlage bekannt. «Insbesondere in der Kernzone ist es oftmals schwierig, die Anzahl Parkplätze gemäss Baureglement erstellen zu können», sagt der Leiter Geschäftsfeld Bau, Beat Schuler. Noch sind solche Lockerungen in Ingenbohl aber nicht konkret ein Thema, könnten es laut Schuler aber werden, denn «Reglemente sind stetig hinsichtlich der Entwicklung zu prüfen und allenfalls anzupassen».

Polizei muss unerlaubte Wahlplakate entfernen

Betroffen waren dabei Plakate von allen Parteien und in verschiedensten Gemeinden.

Damian Bürgi

Sie waren vor den Kantons- und Regierungsratswahlen überall im Kanton zu sehen und dürften auch für die Gemeinderatswahlen im April die Strassen säumen: die Wahlplakate der kandidierenden Politikerinnen und Politiker. Damit die Parteien ihre wählbaren Köpfe präsentieren dürfen, müssen sie grundsätzlich nur geringe rechtliche Auflagen einhalten.

Offenbar ist dies den Schwyzer Parteien beim gelaufenen Wahlkampf aber nicht gelungen: «Die Kantonspolizei Schwyz musste mehrere Plakate entfernen. Betroffen waren alle Parteien und auch ganz verschiedene Gemeinden», erklärt Pascal Weber, Sachbearbeiter Kommunikation bei der Kantonspolizei Schwyz, auf Anfrage des «Boten» und ergänzt: «Dies generiert jeweils einen Zusatzaufwand für unsere Einsatzkräfte.»

Verkehrssicherheit war teils nicht gewährleistet

Im Merkblatt «Strassenreklamen» der Kantonspolizei sind die Auflagen für das Aufstellen der Plakate beschrieben. Ein Blick in dieses zeigt zwei grundlegende Bestimmungen: Plakate dürfen nur innerorts aufgestellt werden, und die Verkehrssicherheit muss gegeben sein. Beide Auflagen wurden teils verletzt: «Es wurden beispielsweise Wahlplakate ausserorts aufgestellt oder auch

an Orten, an denen die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet werden konnte», erklärt Pascal Weber.

Untersagt ist es laut dem Merkblatt beispielsweise, Plakate bei Kreisel- und Verzweigungen, bei Fussgängerstreifen oder an Signalen und in deren unmittelbarer Nähe. Eine behördliche Bewilligung braucht es für das Aufstellen der Plakate derzeit nicht. Es reicht, wenn der jeweilige Grundeigentümer mit dem Standort einverstanden ist. Die Gemeinde hat allerdings die Möglichkeit, in einem Reglement Standorte auszuscheiden, an denen das Plakattieren ausgeschlossen sein soll.

Weg mit den Alten, her mit den Neuen

In den meisten Fällen des abgelaufenen Wahlkampfes forderte die Polizei die Parteien auf, ihre Plakate selber zu entfernen oder zu versetzen. «Wenn dies nicht geschah, wurden die Plakate durch unsere Einsatzkräfte entfernt», führt Pascal Weber weiter aus.

Bis spätestens eine Woche nach dem Urnengang haben die Parteien jeweils Zeit, ihre Plakate abzuräumen. Aufstellen dürfen sie diese frühestens sechs Wochen vor dem Urnengang. Eine elegante Ausgangslage für die Parteien im aktuellen Wahljahr, denn da die Bezirks- und Gemeinderatswahlen am 14. April stattfinden, können sie das Abhängen der alten mit dem Anbringen der neuen Plakate verbinden.